

14.02.89

U - AS**Verordnung**

der Bundesregierung

**Zweite Verordnung zur Änderung der Verordnung über Anmelde-
unterlagen und Prüfnachweise nach dem Chemikaliengesetz****A. Zielsetzung**

Die EG hat am 18. November 1987 die RL (88/302/EWG) zur 9. Anpassung der Richtlinie 67/548/EWG des Rates zur Angleichung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften für die Einstufung, Verpackung und Kennzeichnung gefährlicher Stoffe an den technischen Fortschritt beschlossen. Diese Richtlinie verpflichtet die Mitgliedstaaten, neue Chemikalien, die in der Bundesrepublik Deutschland dem Anmeldeverfahren nach dem Chemikaliengesetz unterliegen, nach den in der Richtlinie aufgeführten Prüfmethoden zu untersuchen. Die Verordnung dient der Umsetzung dieser Richtlinie.

B. Lösung

Die Umsetzung der Richtlinie erfolgt durch die Zweite Verordnung zur Änderung der aufgrund des § 10 Abs. 1 des Chemikaliengesetzes erlassenen Verordnung über Anmeldeunterlagen und Prüfnachweise.

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Bund, Länder und Gemeinden werden nicht mit Kosten belastet.

Bundesrat

Drucksache 92/89

14.02.89

U - AS

Verordnung

der Bundesregierung

**Zweite Verordnung zur Änderung der Verordnung über Anmelde-
unterlagen und Prüfnachweise nach dem Chemikaliengesetz**

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler
121 (32) - 235 44 - Ch 5/89

Bonn, den 14. Februar 1989

An den
Präsidenten des Bundesrates

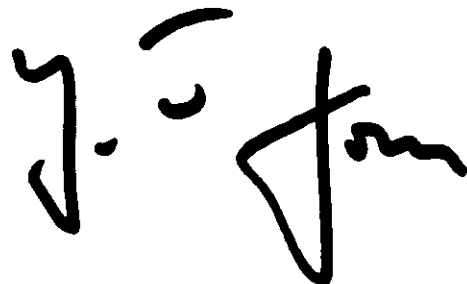
Hiermit übersende ich die von der Bundesregierung beschlossene

Zweite Verordnung zur Änderung der Ver-
ordnung über Anmeldeunterlagen und Prüf-
nachweise nach dem Chemikaliengesetz

mit Begründung und Vorblatt.

Ich bitte, die Zustimmung des Bundesrates aufgrund des Artikels 80
Absatz 2 des Grundgesetzes herbeizuführen.

Federführend ist der Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und
Reaktorsicherheit.

A handwritten signature in black ink, appearing to be 'J. S. J. m' or similar, located at the bottom right of the document.

**Zweite Verordnung
zur Änderung der Verordnung über
Anmeldeunterlagen und Prüfnachweise
nach dem Chemikaliengesetz**

Vom

Aufgrund des § 10 Abs. 1 und des § 25 des Chemikaliengesetzes vom 16. September 1980 (BGBl. I S. 1718) verordnet die Bundesregierung:

A r t i k e l 1

§ 5 Abs. 3 der Verordnung über Anmeldeunterlagen und Prüfnachweise nach dem Chemikaliengesetz vom 30. November 1981 (BGBl. I S. 1234), geändert durch die Erste Verordnung zur Änderung der Verordnung über Anmeldeunterlagen und Prüfnachweise nach dem Chemikaliengesetz vom 14. Oktober 1986 (BGBl. I S. 1641), wird wie folgt gefaßt:

"(3) Die für die Vorlage der Prüfnachweise nach den Absätzen 1 und 2 notwendigen Prüfungen sind nach den Vorschriften der Richtlinie 88/302/EWG der Kommission vom 18. November 1987 zur neunten Anpassung der Richtlinie 67/548/EWG des Rates zur Angleichung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften für die Einstufung, Verpackung und Kennzeichnung gefährlicher Stoffe an den technischen Fortschritt (ABl. EG 1988 Nr. L 133 S. 1, berichtigt ABl. EG 1988 Nr. L 136 S. 20) durchzuführen. § 4 Abs. 2 Sätze 2 bis 5 und Abs. 3 gelten entsprechend."

92/89

A r t i k e l 2

Diese Verordnung gilt nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes in Verbindung mit § 30 des Chemikaliengesetzes auch im Land Berlin.

A r t i k e l 3

Die Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

Der Bundesrat hat zugestimmt.

Bonn, den

Der Bundeskanzler

**Der Bundesminister
für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit**

Begründung

A Allgemeines

In der Verordnung über Anmeldeunterlagen und Prüfnachweise nach dem Chemikaliengesetz sind die Prüfmethoden für neue Chemikalien vorgeschrieben.

Auswirkungen auf Einzelpreise und das Preisniveau, besonders auf das Verbraucherpreisniveau, sind nicht zu erwarten.

B Im einzelnen:

Zu Artikel 1

Mit dieser Zweiten Änderungsverordnung werden aufgrund der 9. Anpassung der Richtlinie 67/548/EWG die Stufen 1 und 2 der Prüfmethoden für Chemikalien in nationales Recht umgesetzt.

Zu Artikel 2

Art. 2 enthält die übliche Berlinklausel.

Zu Artikel 3

Art. 3 enthält den Zeitpunkt des Inkrafttretens.

Beschluß

des Bundesrates

zur

Zweiten Verordnung zur Änderung der Verordnung über
Anmeldeunterlagen und Prüfnachweise nach dem Chemikaliengesetz

Der Bundesrat hat in seiner 599. Sitzung am 21. April 1989
beschlossen, der Verordnung gemäß Artikel 80 Abs. 2 des Grund-
gesetzes zuzustimmen.